



Niederschrift

64. Plenarsitzung des Gemeinderates
14. Mai 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 12 der Tagesordnung: Tempolimit auf der L623

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2024/0426

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende setzt um 17:25 Uhr die unterbrochene Sitzung fort und ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Vielen Dank an die Verwaltung, dass sie etwas unkonventionell unserer Bitte und auch dem Wunsch des Ortschaftsrats nach Tempo 70 nachgekommen ist und das jetzt dann anordnen wird auf der Straße von Wolfartsweier nach Grünwetterbach. Bemerkenswert ist aber, dass ein tödlicher Unfall nicht ausreicht, um aus Sicherheitsgründen ein Tempolimit anzuordnen, es hätte noch mehr passieren müssen. Deshalb wurde hier als Grund bemüht, dass demnächst, hoffentlich bald, ein Radweg eingerichtet wird, der dann bedingt, dass Tempo 70 angeordnet werden muss. Das wurde jetzt vorgezogen. Das macht deutlich, dass im Bundesverkehrsministerium seit Jahrzehnten Leute an der Spitze sitzen, denen möglichst schnelles Fahren wichtiger ist als die Sicherheit.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich freue mich in zweierlei Hinsicht. Einmal höre ich zum ersten Mal ein richtig eindeutiges Votum für diesen Radweg aus Ihrer Richtung. Das war durchaus unterschiedlich zu hören. Zum anderen ziehe ich aber in der Tat den Hut vor diesem Antrag. Sie haben nämlich etwas geschafft, was anderen vor Ihnen in mehreren Anläufen nicht gelang. Faktisch hat nun eine politische Einflussnahme auf eine unabhängige Polizeibehörde stattgefunden, mit Erfolg dazu geführt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L623 zwischen Wolfartsweier und Grünwetterstbach nun immerhin angekündigt wird. Vielen Dank nochmals an die GRÜNEN. Andere hier im Haus haben nach dem schrecklichen Unfall, der übrigens überhaupt nichts mit Geschwindigkeit zu tun hat, auch daran gedacht, eine alte Anregung gegenüber der Polizeibehörde zu wiederholen.

Effekthascherei in Wahlkampfzeiten ist das eine, Respekt und Mitgefühl kurze Zeit nach den Trauerfeierlichkeiten das andere.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Der Gegenstand, den wir jetzt beraten, ist im Prinzip auch der Gegenstand eines Antrags der SPD-Fraktion im Ortschaftsrat Wettersbach gewesen. Auch da wurde schon klargestellt, dass es nicht uns als kommunales Gremium unterliegt, solche Geschwindigkeiten festzulegen, sondern der Straßenverkehrsbehörde. Wir freuen uns natürlich auch, und das ist die Schnittmenge unserer drei Redebeiträge, dass die Straßenverkehrsbehörde jetzt im Vorgriff auf die Anlegung des Fahrradstreifens, der dann hoffentlich relativ zügig in Umsetzung kommt, die Höchstgeschwindigkeit auf 70 km/h festzusetzen. Ich denke, das macht Sinn. Ich fahre die Strecke sehr oft, geografisch bedingt, und die wenigsten nutzen dort die 100 km/h aus, weil es im Prinzip faktisch unmöglich ist. Aber es ist gut, dass jetzt diese Geschwindigkeit auch auf einem Schild steht, wie man maximal fahren kann.

Stadtrat Hock (FDP): Werter Kollege von den GRÜNEN, Sie hätten meinen Respekt heute zu diesem Antrag gehabt. Aber wenn man weiß, wie dieser Unfall zustande gekommen ist und das jetzt hier in diesem Haus noch mit einem Wink zum Verkehrsministerium rüberzureichen, finde ich das instinktlos, ohne Anstand und völlig daneben. Es tut mir wirklich leid. Herr Honné, was Sie hier heute gebracht haben, das schlägt fast den Boden aus. Ich finde das eine Unverschämtheit den Leuten und den Angehörigen gegenüber. Mehr möchte ich heute Abend dazu nicht sagen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Antragsteller schreiben es selber, Unfälle sind auf der Strecke selten. Des Weiteren kann man der Stellungnahme der Stadt entnehmen, dass keine Unfalluntersuchung vorliegt, die eine geforderte Häufung von geschwindigkeitsbedingten Unfällen erkennen ließe, sodass man deshalb ein Geschwindigkeitslimit einrichten müsse. Aber man greift dann später zu möglicherweise, teilweise, erscheint und so weiter, das Ganze dann vertretbar, und deshalb will man im Vorgriff auf diesen Radweg, in dessen Planung sowieso dieses Tempolimit bereits 2016 festgelegt wurde, jetzt schon gleich dieses Tempolimit anordnen.

Es gab ein Schreiben vom 5. Dezember 2023 des Regierungspräsidiums an die CDU-Freiwähler-Ortschaftsfraktion in Wettersbach, worin geschrieben war, dass der Bau frühestens 2025 beginnen könnte. Das heißt bis dahin frühestens, sofern irgendwelche Gutachten dieses Frühjahr fertig sind. Die sind wohl nach meinem Kenntnisstand noch nicht erstellt. Das heißt so schnell kommt dieser Radweg gar nicht, aber jetzt im Vorgriff schon mal schnell dieses Tempolimit einrichten. Ich kann das nur so interpretieren, dass die Stadtverwaltung noch schnell ein kleines Wahlkampfgeschenk an die GRÜNEN macht.

Der Vorsitzende: Ich weiß nicht, ob wir uns jetzt hier an Deplatziertheit überbieten sollten. Ich nehme das jetzt einfach mal alles zur Kenntnis. Ich habe grundsätzlich Zustimmung gehört auch zu dem, was wir da machen, und dabei belassen wir es jetzt einfach und freuen uns, dass wir das Tempolimit dort kriegen.

Ich möchte aber nochmal insgesamt für die Öffentlichkeit deutlich machen, weil auch wieder im Umfeld des Unfalls permanent dargestellt wurde, wir würden hier irgendwelche Planungen verschleppen, und das Ganze hätte man mit dem Fahrradweg schon längst machen können. Einmal davon abgesehen, dass es mit dem Unfall nichts zu tun hat, ob da

jetzt der Fahrradweg ist oder nicht, möchte ich noch einmal auf die Komplexität dieses Planungsvorhabens hinweisen und die vielen Varianten, die wir diskutiert haben und vieles mehr. Also ich würde einfach auch vor pauschalen Bewertungen der ganzen Vorgänge und eine Verschränkung von diesen Vorgängen warnen, weil es, glaube ich, letztlich keiner Seite richtig gerecht wird.

Ich denke, wir brauchen es jetzt heute nicht abstimmen. Es hat sich damit soweit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Juni 2024